



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers**
und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim
Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Kap. 03 17 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 81.777,0 Tsd. Euro um 25.000,0 Tsd. Euro auf 106.777,0 Tsd. Euro erhöht. Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 517 11 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren und der dadurch verursachten und weiter zu erwartenden Zunahme an Kriminalität, besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung ist eine Erhöhung der Bezüge der Beamten und Richter beim Landeskriminalamt dringend geboten. Um die Kosten der Entgelte der Arbeitnehmer für den gestiegenen Stellenbedarf zu decken, ist eine angemessene Erhöhung im Haushaltsplan vorzusehen.